

DIE ALTERNATIVE

für alle Menschen und alle Völker - für eine sozial-gerechte, ökologische und gewaltfreie Politik des dritten Weges jenseits von Privatkapitalismus und gescheitertem Staatskapitalismus.

Lehren aus der gescheiterten Politik von ROT-GRÜN, Lehren aus der von der CDU unter Kanzler Adenauer erneuerten ZINS(UN)ORDNUNG, die zur Spaltung des Volkes in arm und reich führte. Alle Regierungen hielten daran fest, seit 10 Jahren auch Angela Merkel, für die es dagegen keine ALTERNATIVE gibt und Lehren aus der gescheiterten Politik der EZB zwischen Inflation/Geldentwertung und Deflation/Arbeitslose.

Der liberalsoziale dritte Weg zu beiden Altsystemen ermöglicht nicht nur eine sozial-gerechte, ökologische und gewaltfreie FRIEDENSORDNUNG, er führt auch heraus aus dem Gegensatz zwischen LIBERALISMUS und sog. SOZIALISMUS und vereint liberale Freiheitsziele mit den Gerechtigkeitszielen von SOZIALISMUS, HUMANISMUS und WELTRELIGIONEN.

Der Alt-Liberalismus musste mit der ZINS WIRTSCHAFT zum Kapitalismus entarten und der Alt-Sozialismus, der die kapitalistische ZINSWIRTSCHAFT gleich beibehielt und sie nur verstaatlichte, musste deshalb zum STAATSKAPITALISMUS degenerieren.

I. Zu rot-grün:

1998 erhofften viele eine neue Politik, wurden durch rot-grüne Kriegspolitik- Kosovo-Afghanistan - und Hartz IV als unsozialste Antwort auf die durch Finanzminister Eichels Steuerreform verursachte Verschärfung der Wirtschaftskrise enttäuscht. Sie wandelte sichere Steuergelder in Staatshand in unsichere Spekulationsgelder in der Hand von Einkommensmillionären um, die keine Steuergeschenke brauchten, und sie nicht - wie rot-grün hoffte, investierten, sondern deflationär horteten. Wurde Helmut Kohl mit 4,38 Mill. Arbeitslosen abgewählt - so gab rot-grün 2005 mit knapp 5 Mill. Arbeitslosen **alternativlos** selbst auf.

In der folgenden schwarz-roten Regierung rutschte die SPD in den CDU-Schatten. Die folgende CDU-FDP-Regierung wurde die kapitalistischste Regierung seit Konrad Adenauer, frisierte zwar die Arbeitslosigkeit auf 2,8 Millionen herunter, verschärfte mit 1.5 Mill. Arbeitsverhältnissen unter HARTZ IV die soziale Spaltung. Zwar siegten darauf SPD, LINKE und GRÜNE, fanden aber nicht zu gemeinsamer Politik. So landeten wir erneut in Schwarz-Rot. Die SPD-Ministerinnen Nahles und Schwesig hellen den Kapitalismus mit Mindestlohn und mehr Frauenrechten zwar auf. Das ist das Mindeste, was mit der CDU dem Kapitalismus abzurufen ist. Die Erneuerung des ZINSSYSTEMS schon unter der Adenauer-CDU spaltete das Volk in arm und reich. Auch der Staat verarmte und es stauten sich jahrzehntelange Mängel auf u.a. in der Infrastruktur, in Sachen Bildung, Soziales, Gesundheit, Naturzerstörung. **In diesem System setzt das hortfähige Geld der Besteuerung der Reichen enge Grenzen! So muss die Kanzlerin angesichts der Flüchtlinge, statt unsere Superreichen zur Kasse zu bitten, den Vertrag mit der diktatorischen Türkei eingehen, die mit 2-3 Mill. dort festgehaltenen Flüchtlingen gegen EU und Deutschland Druck ausüben kann.**

Das verlagerte das Asylrecht, Antwort des Bundestages auf die NS-Diktatur, an die Grenzen der EU. Der Altliberale Ex-NRW-Innenminister Hirsch nannte es „LEUCHTFEUER unserer Verfassung“, das nun erlischt. **Verfechter des alten Asylrechts müssen die „Grenzen der Besteuerung der Reichen“ überwinden, um Flüchtlinge zu integrieren und unsere Alt- und Zukunftslasten zu finanzieren. Dass „gerechte Steuern und Löhne“ mit dem Zinssystem nicht vereinbar sind, zeigen zwei Beispiele:**

1. Kanzler W. Brandt lehnte auf dem Sonderparteitag 1972 die Erhöhung der Einkommensspitzensteuer von 53 auf 56% ab. Seine Argumente: Wollt Ihr die Belastungsgrenze des Kapitals erproben? Dann wird weniger investiert und es drohen Arbeitslose!

2. 2013 forderten SPD, LINKE, GRÜNE höhere Steuern für Reiche. Die LINKE ca. 130 Mrd. Sie einigten sich politisch nicht. So brauchten sie die GRENZE nicht erproben, bei der das Geld in den GENERALSTREIK der GELDHORTUNG geht und DEMOKRATIE durch GELDHERRSCHAFT pur ersetzt. Liberalsozialisten fordern auch deshalb nicht zu hortendes Geld mit Umlaufsicherung, das noch investiert werden muss, wenn der ZINSMEHRTWERT in den ARBEITSERTRAG übergeht. **Das sichert Integration Asylsuchender, Finanzierung der Zukunftsaufgaben und echte Demokratie.**

II: Zum Scheitern der Zins(un)ordnung der Adenauer-CDU

Der größte Mangel der BRD ist die unsoziale Verteilung des Volkseinkommens durch Erneuerung des Zinssystems. Dadurch türmten sich Riesenreichtümer einer Miniminderheit Superreicher und ca. 10% Wohlhabender ohne eigene Arbeit, sondern nur durch Bereitstellung des für die Wirtschaft nötigen Kapitals auf. Sie wurden durch die Arbeit des Volkes über den Zins finanziert und aus der Lohntüte der Arbeitenden als niedrigere Löhne und aus den Zinskostenanteilen in den Preisen der Produkte an der Ladenkasse kassiert. In 60 Jahren entwickelte sich auch aus dem bald hinzukommendem ZINSESZINS die jetzt von den Sozialverbänden beklagte Spaltung des Volkes in arm und reich, so dass auch diese höhere Steuern für Reiche fordern. **Hat die Kanzlerin den Mut diese "Heilige Kuh des Kapitalismus" auf dem Altar Humanitärer Hilfe für Flüchtlinge und zur sozialen Befriedung des eigenen Volkes zu opfern und in ihrer Partei und gegen Nutznießer des Zinssystems durchzusetzen?**

A3W - ALTERNATIVE DRITTER WEG schlägt zur Lösung dieses Problems ein im Umlauf gegen GELDHORTUNG gesichertes Geld vor. Es ist sinnvoll auf ein historisches Beispiel und auf den Theoriegeber einer zinsfreien Ordnung einzugehen, auch um die verfehlte Politik der EZB und die Kritik der UMLAUFGELD-Leute an dieser Politik und die UMLAUFGELD-Vorschläge für eine „ALTERNATIVE“ für alle Menschen und alle Völker“ besser zu verstehen.

Ein UMLAUFGELD führte 1152 Erzbischof Wichmann von Magdeburg ein. Wegen vieler Vorteile setzte es sich in 2-3 Generationen bis zur Nord- und Ostsee und bis an die Alpen durch und sicherte die Wirtschafts- und Sozialblüte der Hanse, der süddeutschen Städtebünde und die Hochkultur der Gotik. Erst die Wiedereinführung des HORT- und darum ZINSGELDES stürzte Wirtschaft und Gesellschaft in eine Dauerkrise mit Aufständen von Gesellen, Handwerkern, Bauern und Rittern, in religiöse Wirren. Kirchenspaltung und 30-jährigen Krieg und in die neue Geldherrschaft. Diese setzte unmittelbar mit dem hortbaren "ewigen Pfennig" ein. Schon 1519 entschied das Geld der Fugger die Wahl des spanischen Karl I. zum deutschen König als Karl V. (Kaiserkrönung war 1530) Die Kurfürsten erstritten mit der „Goldenen Bulle“ 1357 das „Recht“ zur Wahl des Königs. Der Gegenkandidat Franz von Frankreich konnte zur Bestechung der Kurfürsten weniger Geld aufreiben. Die Fugger erhielten das Monopol für Gold und Silber im habsburgischen Weltreich, die Welser Venezuela für ihre Finanzhilfe.

Um 1890 litt der Kaufmann Silvio Gesell in Buenos Aires unter ständigem Wechsel der Geldpolitik zwischen Inflation und Deflation. In eigener Forschung entwickelte er eine Wirtschaft stetiger Konjunktur ohne Inflation und Deflation und passte seine Geschäftsentscheidungen der jeweiligen Geldpolitik erfolgreich an und erfand ein umlaufgesichertes Geld, das, um einer Umlaufgebühr auszuweichen, immer zu Käufen oder zum Verleihen ausgegeben werden muss. auch wenn dadurch der Zins gegen null sinkt und in hohe Arbeitslöhne übergeht. Ohne es zu wissen erfand er das Umlaufgeld des Erzbischofs neu, wenn auch in anderer Form. In der Revolutionszeit nach Weltkrieg I berief ihn der Arbeiter- und Soldatenrat München in die libertär-sozialistische bayrische Räte-Regierung als Volksbeauftragten für Finanzen. Mit seinen Mitarbeitern bereitete Gesell seine Geld-, Boden- und Steuerreform vor, wurde aber durch eine kommunistische Gegenrevolution daran gehindert. In der Weltwirtschaftskrise führten seine Anhänger regionale Projekte mit Umlaufgeld erfolgreich in Schwanenkirchen Bayern und Wörgl/Tirol durch, senkten die Arbeitslosigkeit um 25% und wandelten beide Regionen mitten in der Weltkrise in Konjunkturinseln um. Statt sie auszuweiten, wurden sie von den Regierungen juristisch und politisch abgewürgt. In beiden Ländern hatte nun Hitler freie Bahn diktatorisch den Krieg als Mittel der Krisenüberwindung vorzubereiten.

Zum weiteren Verständnis:

„Silvio Gesell: Vom Kaufmann, Wirtschaftsforscher zum Sozialreformer“, 4 Seiten.

„Mindestlohn-Fortschritt im Rückschritt des Kapitalismus + Linke zur Finanzkrise:

Millionäre sollen zahlen, 2 S.

„Gesell: Erfinder eines Schrumpf- oder Schwundgeldes, 2 S.

"A3W zur Reform des EURO-Rettungsschirmes + liberalsozialer 3. Weg der Geldpolitik zur Sicherung des EUROS" 2 S .

"Gang durch die Geschichte bestätigt Gesell" - 2 S.

„Erklärung zur Wahl 2005 . Hochaktuell für 2017 mit Grafik zu Zins u. Arbeitslose + 26% Zins im BSP".

Kosten je Seite 10 C. Porto 20g entspricht 6 S. zu 70 C, 50g entspricht 13 S. zu 85 C, 500g ca. 150 S. zu 1,50 €. Kosten auch in Briefmarken. Mit Druck u. Portokosten ist weder die Werbung für DIE ALTERNATIVE, noch für eine neue MITTE-LINKSREGIERUNG von SPD, LINKEN, GRÜNEN zu finanzieren. Spendenkonto siehe letzte Seite.

III. Zur EZB-Politik:

Warum die EZB die Wirtschaft Europas mit LEITZINS NULL und mit riesiger GELDMENGE nicht beleben kann, wie es Erzbischof Wichmann auf Anhieb gelang und wie Silvio Gesell 700 Jahre später ein UMLAUFGELD zur Überwindung der Geldherrschaft des Kapitalismus erfand. Als er später vom Umlaufgeld des Erzbischofs erfuhr, war ihm klar, dass dieser für seinen Zweck keine bessere Methode finden konnte als den zweimaligen Wechsel des Geldes im Jahr, wobei er Steuern für Staat und Kirche vorweg kassierte, indem er für 12 alte nur 9 neue Groschen zurückgab. Diese aber waren durch den Geldwechsel umlaufesichert, wobei alte Groschen ungültig wurde. Je näher der nächste Wechsel kam standen Geldbesitzer unter Druck. Überschüsse wurden daher in wertbeständigeren Arbeitsprodukten. z.B. Häuser, in Handelsschiffen u.a. „gespart“, auch in Darlehen, die wegen des Angebotszwanges des Geldes immer weniger Zins brachten. Der Geldkreislauf in den Hunderten Währungshoheiten weltlicher/geistlicher Fürsten, des mittleren Adels und Klerus, wie der freien Reichsstädte, wurde geschlossen und belebte die Wirtschaft. Über 1000 Städte entstanden im 13. Jhdt. neu und kauften von den immer geldhungrigen Kaisern (Kreuzzüge, Kriege gegen die Päpste) die Währungshoheit ihrer Region. Ihre Dezentralisierung war kein Hindernis für einen wachsenden "Welthandel". Er beruhte auf gleichartigen Geldkreisläufen der Regionen, die das feudale Umland einbezogen, die Unfreiheit der Bauern und ihre Ausbeutung durch die Feudalherren einschränkten, weil die wachsenden Städte mehr Lebensmittel und Arbeiter brauchten, die als Tagelöhner mit den Handwerkern am hohen Lebensstandard der Städte teilnahmen und oft in 2. Generation Bürger wurden. Stadtluft machte eben frei!

EZB-Präsident Draghi trat sein Amt an, als in Europa allein noch Deutschland durch Exportnationalismus Überschüsse auf Kosten anderer Länder erzielte und nicht nur Südeuropa, auch Frankreich und England lahmte. In einer solchen Lage lassen sich Unternehmen selbst durch billiges Geld nicht zu Investitionen verleiten, die oft zur Pleite führen. Draghi hörte seinem Vertreter Benoit Coeuré schlecht zu, als dieser vor der Geldmarktkontaktgruppe der EZB am 9. 9.2014 über die Politik der EZB philosophierte, mit dem Leitzins „unter Null zu gehen“. Coeuré sagte, dass die Idee negativer Zinsen oder "besteuerter Geld" auf das späte 19. Jhdt. zurück gehe, auf Silvio Gesell, „über den die wissenschaftliche Meinung geteilt ist. Irving Fisher stützte ihn und John Maynard Keynes nannte ihn einen seltsamen, zu Unrecht vernachlässigten Propheten“, andere einen monetären Sonderling.“ Im Vortrag kam er auf Gesell zurück, als er Fishers Eintreten für „gestempelte Banknoten“ erwähnte, ein Vorschlag Gesells. Abschließend fragte er: „Wie lautet das Urteil für und gegen das Senken einiger Leitzinsen - oder um auf Gesell zurückzukommen: „Ist er ein Prophet oder ein monetärer Sonderling?“ Draghi kann mit den Hinweisen Coeurés wenig anfangen, besonders mit „gestempeltem Geld“. Ihm wäre zu wünschen, wie es Erzbischof Wichmann gelang, intuitiv die richtige Lösung für den Einzug der Steuern in Geld zu treffen, die bis dahin meist Naturalabgaben waren. WÜRDE DRAGHI GELD DIREKT BESTEUERN, so müssten Geldhalter es ausgeben, so den GELDKREISLAUF schließen, um der Geldsteuer zu entgehen! Im 19. Jhdt. erhielt Jean Baptiste Say (1767-1832) für den Satz „Verschafft der Wirtschaft einen geschlossenen Geldkreislauf- und alles ist bestens geregelt“ die Auszeichnung des Savschen Axioms, eines Satzes, der sich selbst beweist! Allerdings wusste Say noch nicht, wie der Geldkreislauf zu schließen ist. 50 Jahre später fand Gesell die Lösung mit UMLAUFGELD.

Draghi könnte dieses Axiom verwirklichen und die europäische Politik aus der KONJUNKTURFLAUTE herausführen, in der er sie mit falscher Leitzinssenkung blockiert, statt sie mit direkter GELDSTEUER zu überwinden. Den Finanzministern würde das freie Hand zu hoher Besteuerung der in 50 Nachkriegsjahren durch Ausbeutung der Arbeit entstandenen Großvermögen aus ZINS und ZINSEZINS geben, um die Flüchtlingskrise und den überfälligen innerdeutschen wie innereuropäischen Solidaripakt zu schaffen und andere Völker zum Nachahmen anzuregen. Im Zentrum eines neuen politischen Denkens sollte das Recht eines jeden Menschen auf seinen vollen Arbeitsertrag stehen: Alles für die ARBEIT! Sie allein schafft WERTE! Kein MEHRWERT für das Hilfsmittel Geld, das als Investitionsmittel gut bedient wird, wenn es inflationsfrei erstattet wird und die Umlaufsteuer spart.

Politischer Ausblick:

Die hier vertretene ALTERNATIVE einer neuen GELD -, BODEN- und STEUERPOLITIK, die auch zu neuen Eigentumsformen, nicht mehr aus ausgebeuteter, sondern nur noch aus eigener Arbeit führt, was Einstein vom Umlaufgeld Gesells erwartete, kann durch politische Akte in den Staaten Europas und ihrer Föderation, der EU - EUROPÄISCHE UNION verwirklicht werden. Im Gegensatz zu den Systemen des PRIVATKAPITALISMUS und des sog. Sozialismus, der eher STAATS-KAPITALISMUS war, will sie die Freiheitsziele des Liberalismus und die Gerechtigkeitsziele des Sozialismus durch den DRITTEN WEG des LIBERALSOZIALISMUS verwirklichen.

Die diese Erstinformation herausgebende Gruppe A3W - ALTERNATIVE-DRITTER-WEG wendet sich an Parteien, Bürgergruppen und Staatsbürger, die diese Reformen für eigene Ziele als Gesamtreform, aber auch für demokratisch-freiheitliche, soziale, für friedenspolitische und ökologische Bestrebungen nutzen wollen. A3W ist zur Kooperation mit solchen Parteien, Gruppen und Bürgern bereit. Referenten können angefordert werden.

In Abschnitt II-Erneuerung der Zinsordnung, macht A3W bereits die Adenauer-CDU für die Spaltung in arm und reich verantwortlich. Ihre heutigen Politiker, Anhänger und Wähler sollten fragen, ob ZINS mit christlichen Grundwerten vereinbar ist. Soweit erreichbar, erhalten sie A3W-Infos für eine Neuorientierung ihrer Politik. Immerhin jagte Jesus die ZINSNEHMER aus dem Tempel, Martin Luther bekämpfte den ZINS als GRÖSST ÜBEL DEUTSCHER NATION und Papst Franziskus will eine Welt ohne KAPITALISMUS!

Noch mehr gilt das für SPD, LINKE und GRÜNE. Wie bei der letzten Bundestagswahl dieser LINKSBLOCK ca. 5 Sitze mehr hatte, ohne sie zu gemeinsamer Regierung zu nutzen, gibt es seit Ende 2015 relative linke Umfragemehrheiten. Auch jetzt (13.10.16) mit 43% gegen 34% der CDU, die selbst mit der FDP nur auf 40% käme. Allerdings erreicht auch ein LINKSBLOCK keine absolute Mehrheit. Seit den Wahlen im März würde die AfD mit ca. 10-15% eine MITTE-LINKSREGIERUNG eines neuen Bundestages blockieren. Jedoch gibt GG. Art. 63. 4. einer relativen Mehrheit der Parteien das Recht im 3. Wahlgang mit einfacher Mehrheit Kanzler oder Kanzlerin zu wählen. Während in der SPD die Skepsis gegen ein Bündnis mit der CDU steigt, nimmt bei den GRÜNEN die Zustimmung zu schwarz-grün eher zu. Das „Gespräch“ von 100 Abgeordneten der drei Parteien am 20.10. wurde von den drei Vorständen immerhin begrüßt.

Bei allen drei möglichen Partnern einer linkeren REGIERUNG, die für weite Teile der linken Mitte wählbar werden muss, geht es um ein Vierjahresprogramm, das für große Teile der Bürger in spürbaren Ansätzen zu verwirklichen ist, um für eine zweite Wahlperiode einen weiteren Auftrag einer wachsenden Wählerschaft zu erhalten. Das Jahr vor der Wahl sollten sie nutzen Grundzüge einer gemeinsamen Politik zu erarbeiten und im Wahlkampf dafür aktiv eintreten und sich in die hier vorgetragene liberalsoziale/liberalistische ALTERNATIVE für eine freiheitlich-demokratische, soziale, ökologische und friedenspolitische Gesamtlösung einarbeiten. In einer zweiten Wahlperiode sollten durchaus mögliche liberalsoziale Teilziele in der Geld-, Boden- und Steuerpolitik zur Vorbereitung der Gesamtlösung umgesetzt werden, z.B. mit Regionalgeld, Bodengenossenschaften, Gemeinwohlbetrieben.

In dieser für viele Empfängerinnen ersten Information konnten nur Teile der ALTERNATIVE angedeutet werden. In verschiedenen Teil-Infos informieren wir über zahlreiche soziale, ökologische, Wirtschafts- und Friedensthemen. Wir empfehlen den Text des US-Notenbankers Marvin Goodfriend, Gouverneur der FED-Bank Richmond "Politik zur Überwindung der Nullgrenze bei Zinsen", der sich auf das Umlaufgeld Gesells und dessen Würdigung durch Keynes bezieht. Nicht nur für Ex-DDR-Bürger empfehlen wir „Dritter Weg für die DDR“ 1990, "Kapitalismus - was ist das", „Warum musste Marx die überflüssige Mehrwerttheorie entwickeln, da er doch Krisen und die Übermacht des Geldes über die Arbeit bereits geldtheoretisch erklärt hatte? Dieser Text beruht auf der 50 Seitenschrift des Verfassers „Warum der Marxismus scheitern musste und warum die Geldtheorie von Marx Grundlage eines freien Sozialismus ist“ € 4,-. „Führt der „DRITTE WEG“ der PDS, Buch Gysis von 1990, nur in einen Sozialkapitalismus?“, 50 S. € 4,-, beide zus. € 6,50. Georg Otto. Liberalsozialist seit 1947, Urgrüner von 1977. A3W-ALTERNATIVE DRITTER WEG. 3 1079 Eberholzen, Gänseberg 11. alternative-dritter-weg@web.de Spendenkonto G.Otto/alternative-dritter-weg BIG: GENODEF1SLD IBAN: DE58 2599 1528 0434 0167 00